

Resolution

5 **Bildung gerecht weiter denken: Für ein gebührenfreies Erststudium!**

10 Wir Jusos im Unterbezirk Braunschweig sprechen uns eindeutig gegen die von CDU/CSU und FDP geplante Einführung von allgemeinen Studiengebühren aus. Nach unserer Auffassung darf das Erststudium auch nicht durch eine nachträgliche Gebühr, so genannte nachgelagerte Studiengebühren, belegt werden.

15

I. Nein zu allgemeinen Studiengebühren!

Sowohl allgemeine als auch nachgelagerte Studiengebühren sind in einem hohen Maße unsozial, da durch sie zahlreiche junge Menschen finanziell nicht in der Lage
20 wären, überhaupt ein Studium zu beginnen. Das Studium würde auf diese Weise wieder zu einem gesellschaftlichen und sozialen Privileg, das Menschen auf Grund ihrer sozialen Herkunft verweigert wird. Es muss das Ziel sozialdemokratischer Hochschulpolitik sein, mehr jungen Menschen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen Herkunft ein Studium und damit allen den Zugang zu den wirtschaftlichen und
25 gesellschaftlichen Führungspositionen zu ermöglichen. Deswegen fordern wir mit Nachhalt ein gebührenfreies Erststudium. Befürworter von Studiengebühren behaupten, durch diese Zahlungen würden die Studierenden zu zahlenden Kunden und würden ihren Beitrag zur Sicherung und zum Ausbau der Qualität von Lehre und
30 Forschung leisten. Dabei wird aber nicht beachtet, dass allgemeine Studiengebühren, auch wenn sie hundertprozentig den Universitäten zu Gute kämen, höchstens 5-10% des Etats decken würden. Dies würde rechnerisch gerade ausreichen, um die Ausstattung einer Universitätsbibliothek zu sichern, keinesfalls aber die Qualität der Lehre und Forschung zu sichern. Damit ist das Hauptargument der Befürworter von Studiengebühren entkräftet. Studiengebühren können nicht als Ersatz für eine
35 ungerechte Steuerpolitik herhalten!

40

II. Gebührenfreiheit im Kindergarten und gebührenfreies Erststudium !

Einige Wissenschaftler wie beispielsweise Prof. Dr. Rürup fordern, statt einer Kindergartengebühr Studiengebühren einzuführen und somit den Besuch von Kindergärten kostenfrei zu ermöglichen. Selbstverständlich sollten unserer Meinung
45 sowohl der Kindergartenbesuch als auch ein Erststudium gebührenfrei sein, um nicht kinderreiche Familien und sozial schwächer gestellte Menschen durch soziale Hürden abzuschrecken und zu benachteiligen! Sowohl kindliche Frühförderung als auch ein Hochschulstudium dürfen keine Barrieren in Form von Gebühren haben!

50

III. Keine nachgelagerten Studiengebühren!

5 Nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes kostet momentan in Deutschland ein Studium etwa 40 000 €. Besonders für Ehepaare mit mehreren Kindern, die studieren wollen, stellt diese Summe eine enorme finanzielle Hürde dar. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die von der SPD getragene Bundesregierung verabschiedete Reform der Ausbildungsförderung (BAföG), die es auch jungen Menschen aus kinderreichen und/oder sozial schlechter gestellten Familien ermöglicht, zu studieren.

10 Nachgelagerte Studiengebühren lehnen wir entschieden ab. Sie haben eine psychologische und finanzielle Abschreckungsfunktion auf Familien und junge Menschen. Nachgelagerte Studiengebühren würden bewirken, dass zahlreiche Abiturienten verstärkt in die so genannten klassischen „Realschulausbildungsberufe“
15 drängen und auf diese Weise junge Menschen ohne die Hochschulreife aus diesen Berufen verdrängt werden würden. Außerdem bewirken nachgelagerte Studiengebühren, dass Hochschulabsolventen verschuldet in ihr Berufsleben starten würden und gegebenenfalls auch noch ihre BAföG zurückzahlen müssen. Gerade Politiker wie Edmund Stoiber, die selber in den Genuss eines zinsfreien Bafögs kamen,
20 fordern heute Zinsen auf das BAföG. Dieses lehnen wir strikt ab! In diesem Zusammenhang muss herausgestellt werden, dass es der SPD geführten Bundesregierung gelungen ist, dass durch die BAföG-Reform die Studierenden nicht mehr ihre Förderung hundertprozentig zurückzahlen müssen, sondern nur noch die Hälfte des Betrages. Bereits heute erhalten BAföG-Empfänger von Banken nach ihrem
25 Studiumabschluss keine Kredite, da sie in Augen der Kreditinstitute nicht liquide sind. Es muss auch berücksichtigt werden, dass die Familiengründungsphase oft nach dem abgeschlossenen Studium beginnt. Durch nachgelagerte Studiengebühren wären junge Familien finanziell noch stärker belastet und eingeschränkt. Deswegen lehnen wir nachgelagerte Studiengebühren kategorisch ab!

30

IV. Und der Verwaltungsbeitrag ?

35 Außerdem sprechen wir uns gegen den von der SPD in Niedersachsen 1999/2000 eingeführten Verwaltungsbeitrag aus. Er betrug zu seiner Einführung 100 DM und wurde von der CDU/FDP Landesregierung zum Sommersemester 2005 pauschal auf 75 € erhöht. Dieser Beitrag fließt direkt in den Landeshaushalt und kommt keineswegs den Studentenwerken und den studententischen Vertretungen zu Gute. Wir sehen in
40 diesem Verwaltungsbeitrag eine indirekte Studiengebühr, die möglicherweise als Ersatz für direkte Studiengebühren benutzt werden kann. Deshalb lehnen wir den Verwaltungsbeitrag in seiner jetzigen Form ab!

45

V. Steuerpolitische Umorientierung

50 Studiengebühren dürfen kein Ersatz für eine ungerechte Steuerpolitik sein! Chancengleichheit im Bildungssystem muss gewährleistet sein! Wir betrachten Bildung und das Recht auf gleiche Bildungschancen als allgemeines, öffentliches Gut, das in Zukunft nicht privatisiert, sondern durch staatliche Investitionen ausgebaut

werden muss. Um die notwendigen Gelder für diese notwendigen massiven Investitionen der öffentlichen Hand bereit zustellen, fordern wir

- 5 - dass der Spitzensteuersatz nicht weiter gesenkt werden darf
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- eine Erhöhung der Erbschaftssteuer
- die Einführung einer Luxussteuer.
- die Abschaffung der Eigenheimzulage
- 10 - eine Reduzierung der Pendlerpauschale

Die notwendige Klärung der Rechtslage sowie der Zuständigkeiten von Bund/Ländern für die hier genannten Steuern sollen gegebenenfalls durch von der Bundesregierung und vom Parteivorstand der SPD eingesetzten Kommissionen erfolgen.

15

VI. Grundsätze sozialdemokratischer Hochschulpolitik

Für sozialdemokratische Hochschulpolitik muss in Zukunft gelten,

20

- dass das Erststudium gebührenfrei bleibt,
- jedem/jeder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ein Studium ermöglicht wird,
- die Ausbildungsförderung (BAföG) ausgebaut wird,
- 25 - dass durch die Umstellung der Studiengänge auf BA/MA der Aufbaustudiengang MA nicht als Zweitstudium angerechnet wird (in dem Studierende sonst kein BAföG mehr erhielten)
- *die SPD sich in Zukunft für höhere Bildungsinvestitionen einsetzt.*

30

35

40

45

50

